

Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark. Strohporto: Kreis-Spartasse Laasphe Nr. 89. Marburger Bank e. G. m. b. H., Niederl. Laasphe.

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt“
Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und kleine Anzeigen . . . 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 30 Pfg.
Postfachkonto Nr. 404 49 Amt Köln

Nummer 275

Fernsprecher Nr. 1

Laasphe, Dienstag den 25. November 1930

55. Jahrgang

Neues vom Tage.

Der Präsident des deutschen Roten Kreuzes, von Winterfeldt, dankt an Mitglieder und Freunde einen Aufruf, der im Hinblick auf die Not des kommenden Winters zu privater Hilfeleistung durch Speisung und Herabgabe von Kleidung für Bedürftige auffordert.

Mit dem Aufhören der Niederschläge ist der Rheinwasserstand langsam im Sinken begriffen. Zwischen Basel und Dreifach ist der Rhein bis Montag um 20 Zentimeter gefallen.

Der britische Bergwerksminister Shinwell hat Schritte unternehmen, um ein Abkommen zwischen Großbritannien, Deutschland und Polen zur Festsetzung der Kohlenpreise, Angleichung der Arbeitsbedingungen und Teilung der Märkte zu fördern.

In Dublin wurden gegen den Innenminister des irischen Freistaates, General Mulcahy, als er in sein Haus trat, Schüsse abgegeben. Die Wache erwiderte das Feuer. Bei der Schießerei wurde ein Mann der Wache verwundet. Die Täter sind in der Dunkelheit entkommen.

Der Polarforscher Sir Douglas Mawson hat mit dem Expeditionschiff „Discovery“ von Hobart (Tasmanien) aus seine zweite Forschungsreise in das Südpolargebiet angetreten.

Zwischenpiel.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Der Reichsrat hat das große Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung angenommen. Am Mittwoch, 3. Dezember, wird sich das Plenum des Reichstages wieder versammeln, um zu diesen Vorlagen endgültig Stellung zu nehmen. Noch eine Woche ist es bis dahin. Der Reichstagspräsident hat die Vertreter aller parlamentarischen Gruppen empfangen, um die Besprechungen mit den Fraktionsführern. Er will, bis Ende der Woche können sie abgeschlossen sein. Am Montag hat das Reichskabinett nochmals eine Sitzung abgehalten, auf deren Tagesordnung die Frage der parlamentarischen Verabschiedung des Finanzprogramms stand.

Reichstagspräsident Dr. Brüning wird den Parteiführern mitteilen (und diese Mitteilung wohl auch dem Plenum des Reichstages gegenüber nochmals offiziell wiederholen), daß die Reichsregierung auf einer Verabschiedung des Programms bis spätestens Weihnachten besteht. Es bleibt dem Reichstag somit nur eine sehr kurze bemessene Beratungszeit, die vom 3. Dezember bis etwa 21. Dezember geht. Da aber die erste Beratung bereits vor der Vertagung des Reichstages stattgefunden hat, können jetzt sofort die Ausführbearbeitungen beginnen, so daß es an und für sich durchaus möglich ist, die von der Regierung gestellte Frist einzuhalten. Natürlich muß aber der Reichstag auch den guten Willen dazu haben, und ob ein solcher bei allen Fraktionen, die mitzureden haben, vorhanden ist, vermag man heute noch nicht zu erkennen.

Im Reichsrat — also in der verfassungsmäßigen Vertretung der deutschen Länderregierungen — hatte die Reichsregierung mit ihrer Vorlage Glück. Diese Zustimmung hat mit großem Eifer gearbeitet und in der von der Reichsregierung gestellten Frist das Finanzprogramm auch tatsächlich angenommen. Aber der Reichsrat ist nicht der Reichstag. Der Reichsrat läßt sich in weit größerem Ausmaß als der Reichstag von sachlichen Gesichtspunkten leiten. Aus diesem Grunde haben auch die ersten Argumente, die Reichstagspräsident, Reichsfinanzminister und Reichsaußenminister zur Begründung der Vorlagen ins Feld führten, auf die Vertreter der Länderregierungen den von der Reichsregierung gewünschten Eindruck gemacht.

Wiel schwieriger wird es natürlich sein, im Reichstag eine Mehrheit für das Regierungsprogramm zusammenzubringen. Denn im Reichstag spielen die parteipolitischen Gesichtspunkte eine große, mitunter sogar die ausschlaggebende Rolle. Die Reichsregierung will nun freilich von sich aus alle parteipolitischen Momente ausschalten. Sie macht daher keinen Unterschied zwischen Regierungsparteien und Oppositionsparteien, sondern wendet sich an alle Fraktionen. Sie will auch in der Begründung ihres Finanzprogramms rein sachlich argumentieren, vor allem mit dem Hinweis darauf, daß das Regierungsprogramm den einzigen Zweck habe, die Reichsfinanzen in Ordnung zu bringen, was aus wirtschaftlichen und außenpolitischen Gründen die dringlichste Aufgabe des Tages sei. Ob der Reichstag daraufhin ebenso prompt, wie das der Reichsrat getan hat, arbeiten und schließlich ja sagen wird, läßt sich heute natürlich noch nicht sagen.

Einsteilen stehen wir also im Zwischenpiel der Besprechungen des Reichstages mit den Parteiführern. In diesen Besprechungen werden auch die vom Reichstagspräsident in seiner Rede vor dem Reichsrat angekündigten „weiteren Aufgaben“ der Reichspolitik zur Erörterung kommen. Es veranlaßt, daß zu diesen Aufgaben die Reform der Reichsverfassung und Reichsverwaltung im Sinne einer weitgehenden Vereinigung und vor allem aber auch die Außenpolitik gehören. Nachdem der Reichsaußenminister schon im Reichsrat eine große außenpolitische Rede gehalten hat, wird ja auch im Plenum des Reichstages eine außenpolitische Aussprache stattfinden müssen.

Von den Vorlagen des Regierungsprogramms beanspruchen das Gehaltskürzungsgezet und das Personal-

Blutige Wahlen

Zimmer neue Einschüchterungen. — Sechs Opfer des Wahl-
terrors. — Ein polnischer Schutzmann erschlagen. — Die
Ergebnisse der Senatswahlen in Ostoberschlesien. — Der neue
Senat. — Aus dem Gefängnis entlassen.

Verstärkter Terror.

Vor den Wahlen zum polnischen Sejm (Abgeordnetenhaus) und zum Senate (Oberhaus) haben die polnischen Aufständischen in Ostoberschlesien ihren Terror in den letzten Tagen noch verschärft. Infolge der Einschüchterungen der Terroristen sind zahlreiche wahlberechtigte Deutsche den Wahlen fern geblieben. Es ergibt sich auch, daß die deutschen Stimmen in der Wahlbezirk Ostoberschlesien lediglich durch die Angehörigen der Wahlberechtigten der polnischen Staatsangehörigkeit bei tausend Angehörigen der deutschen Minderheit und durch Verweigerung der Stimmzettel bei den Senats- und Sejm-Wahlen an Zahl eingebüßt haben. Es hätte sich sonst nicht eine Verhäufung der deutschen Stimmen, sondern z. T. ein nicht zu unterschätzendes Anwachsen ergeben. Die Stimmabgabe ist von interessierter, ausländischer Seite stark überwacht worden. Zahlreiche Drohbriefe der Wahlkommission, die durch die Post portofrei befördert wurden, sind an Angehörige der deutschen Minderheit verschickt worden.

Sechs Tote.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind in der Nacht zum Sonntag und am Sonntag sechs Tote als Opfer des Wahlterrors zu verzeichnen. Die Streikungen von Minderheitenangehörigen auf den Wahlplätzen werden unter Grundlegung der von der polnischen Presse gemachten Angaben auf mindestens 15 — 20 000 geschätzt. Daß der Wahlterror sich diesmal noch viel schlimmer ausgewirkt hat als bei den Wahlen am letzten Sonntag, erhellt aus dem bedeutenden Rückgang der Stimmen überhaupt.

Eine Wahlschlacht.

In Golasowice im Bezirk Pleß haben polnische Aufständische einen neuen Terrorakt gegen deutschstämmige Dorfbewohner verübt. Polnische Aufständische belagerten die deutsche Schule und verbrannten Lehrer und Schüler an dem Verlassen des Schulgebäudes. Da die Deutschen neue Gewaltakte befürchteten, sammelten sie sich auch. Als die Aufständischen dies sahen, bildeten sie eine Schützenlinie und gingen gegen die Deutschen zum Angriff vor.

Es kam zu einer regelrechten Schlacht zwischen beiden Parteien. Ein polnischer Polizeibeamter, der sich an dem Vorgehen der Aufständischen beteiligt hatte — da er keine Uniform trug, als Polizist jedoch nicht kenntlich war —, wurde bei dem Handgemenge erschlagen. Per amtliche polnische Nachrichtenendienst verbreitet eine Nachricht über die Vorfälle von Golasowice, in der von der Ermordung eines polnischen Polizisten gesprochen wird. Wie sich aus den oben geschilderten Geschehnissen klar ergibt, ist diese Darstellung durchaus unzutreffend.

Die Senatswahlen in Ostoberschlesien.

Von den 454 392 Wahlberechtigten haben 409 435 abgestimmt. Von den 360 589 gültigen Stimmen entfielen auf Korfanti-Liste 136 791, Regierungspartei 135 229, Deutsche Wahlgemeinschaft 68 586, Sozialisten 15 704, Kommunisten 4279. Die Korfanti-Partei stellt demnach im Senat aus der Wahlbezirk Ostoberschlesien zwei Abgeordnete gegen bisher einen, während die Regierungspartei ihren zweiten Sitz verloren hat und ebenso wie die Deutsche Wahlgemeinschaft, die sich behaupten konnte, nur mit einem Abgeordneten im Senat vertreten sein wird.

Bei den Wahlen zum schlesischen Sejm erhielten die Regierungspartei 19 Mandate (im letzten Sejm 10), Korfanti-Partei 19 (16) Mandate, die Deutsche Wahlliste 7 (15) Mandate und die

aufwandsgezet ein besonderes Interesse. Das Gehaltskürzungsgezet schreibt vor, daß die Bezüge der Reichsbeamten und der Soldaten der Wehrmacht, der Wartegeld- und Ruhegeldempfänger des Reiches und der Hinterbliebenen von Reichsbeamten ab 1. Februar 1931 um 6 Prozent gekürzt werden. Bezüge, die jährlich 1500 Mark nicht übersteigen, ebenso Rinderzuschläge und Dienstaufwandsentschädigungen bleiben unberührt. Die Bezüge des Reichspräsidenten, des Reichstagspräsidenten und der Reichsminister werden um 20 Prozent gekürzt. — Das Personal- und Gehaltsgezet überträgt dieses Gehaltskürzungsgezet auch auf die Länder, Gemeinden und die sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts. Von Bedeutung ist der zweite Teil dieses Gesetzes, der vorstehend, daß auch im übrigen — d. h. abgesehen von der sechsprozentigen Gehaltskürzung — die Länder und Gemeinden die Bezüge ihrer Beamten neu regeln müssen, wenn sie zur Zeit offenbar günstiger geregelt sind als die des Reiches.

Ueber alle diese Dinge und über die anderen Teile des Regierungsprogramms soll, wie bereits erwähnt, bis spätestens Weihnachten die letzte Entscheidung im Reichstag fallen. Das heutige Zwischenpiel der Parteiführerbesprechungen wird noch nicht erkennen lassen, ob die Reichsregierung eine Mehrheit findet. Denn die Parteiführer werden erklären, daß sie zunächst ihre Fraktionen hören müssen. Erst der Schlußakt im Reichstag selbst wird also die Lösung bringen.

Sozialisten insgesamt 3 davon 2 deutsche (früher 3) Mandate. Die Kommunisten, die im letzten Sejm über zwei Mandate verfügten, erhielten diesmal kein Mandat. Bei Beurteilung dieser Ergebnisse ist der Terror zu berücksichtigen, der gegen die deutschen Wähler ausgeübt worden ist.

Die Senatswahlen in Polen.

Die Senatswahlen haben dem Regierungsbündel, der sich auch diesmal wieder in der Ukraine und im weißrussischen Osten zahlreiche Mandate gesichert hat, eine große Mehrheit gebracht. In Warschau hat der Regierungsbündel ein drittes Mandat errungen, während die Nationaldemokraten nur über einen Sitz verfügen. Hingegen haben die Nationaldemokraten in Westeuropa ebenso wie bei den Sejm-Wahlen gewisse Erfolge zu verzeichnen.

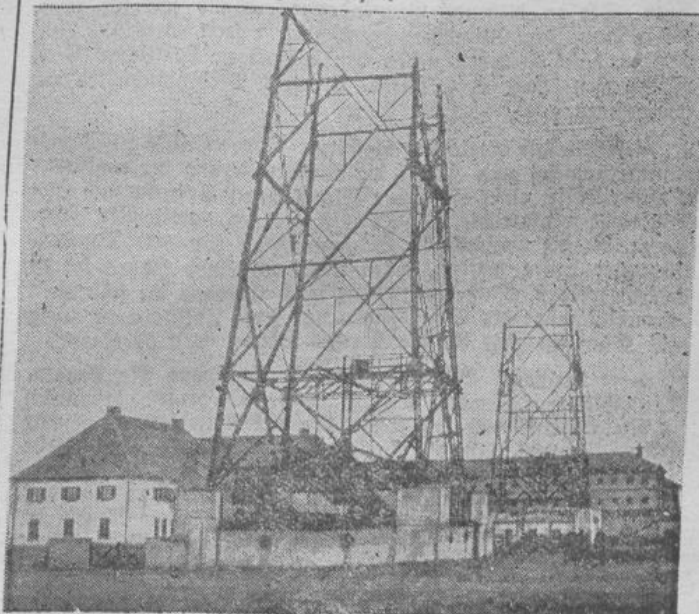
Warschau, 25. Nov. Die endgültigen Zählungen verändern das Ergebnis der Senatswahlen nicht unwesentlich. Den Deutschen ist es gelungen, neben Polen und Oberschlesien noch ein drittes Mandat in der Wahlbezirk Lodz zu erobern, so daß neben dem pommerellischen Mandat nur noch das Staatslistenmandat verlorengegangen ist. Hingegen werden die Ukrainer und Weißrussen im neuen Senat nur über vier Sitze verfügen gegenüber 13, die sie im vorigen Senat besaßen. Die Juden konnten überhaupt kein Mandat erringen gegenüber sechs im vorigen Senat, so daß sich die Vertretung der Minderheiten Polens auf sieben Senatsitze der Deutschen und Ukrainer verringert gegenüber insgesamt 24 Mandaten im vorigen Senat. Das Wahlergebnis zum Senat lautet somit folgendermaßen: Regierungsbündel 76 (früher 46), Zentralliste 14 (31), Nationaldemokraten 12 (9), Ukrainer 4 (13), Deutsche 3 (5), Korfanti-Gruppe 2 (1), Juden — (6).

Auswärtiger Ausschuss und Polen.

Berlin, 25. Nov. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages wird in der nächsten Woche zusammentreten, um zu den Vorfällen in Polen Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende des Ausschusses, Staatsminister Dr. Fried, hatte die Absicht, den Ausschuss schon jetzt einzuberufen. Auf Ersuchen des Reichsaußenministers ist die Einberufung jedoch bis zur nächsten Woche zurückgestellt worden, da der Minister noch wichtige Berichte erwartet. Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat bereits eine Interpellation für diese Verhandlung vorbereitet.

Kabinettsberatung über den polnischen Wahlterror.

Berlin, 25. Nov. Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner Montag-Sitzung mit der in Oberschlesien durch den Wahlterror der polnischen Aufständischen gegen die deutsche Minderheit in Oberschlesien geschaffene Lage. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist der deutsche Generalkonsul in Katowitz, der gleichzeitig Reichs- und Staatsvertreter ist, beauftragt, an Ort und Stelle Erhebungen über die gemeldeten Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit anzustellen. Nach Eingang seines Berichts im Auswärtigen Amt, der für spätestens Mittwoch erwartet wird, wird die Reichsregierung prüfen, welche weiteren Schritte unternommen werden sollen. Auf Grund der Bestimmungen der Genfer Konvention über Oberschlesien und der anderen Minderheitenverträge, die die Freiheit der Wahlhandlung für die Minderheit sichern, wird gegebenenfalls in Genf Beschwerde eingelegt und verlangt werden, daß die nächste Völkerversammlung sich mit der Angelegenheit beschäftigen soll. Unabhängig von dieser Beschwerde läuft zur Zeit das Verfahren, das die deutsche Minderheit in Oberschlesien bei der Gemischten Schiedskommission eingeleitet hat.



Der Zug des Anheils.

Die zerstörte Fontanlage in München. Die etwa 80 Meter hohen Türme wurden in 25 Meter Höhe von dem Ortan glatt getnickt.

Für die Reichsregierung.

Vorstandssitzung des Zentrums.

Der Reichsparteivorstand des Zentrums trat in Berlin zu einer Sitzung zusammen, an der u. a. auch Reichskanzler Dr. Brüning teilnahm. Bei der Aussprache über das Wirtschafts- und Finanzprogramm der Reichsregierung erklärte der Vorstand, daß nur die konsequente Fortsetzung der Politik der Reichsregierung die wirtschaftlichen und finanziellen Nöte der Gegenwart überwinden könnte. Der Reichsparteivorstand war sich einig in der Überzeugung, daß alle Kräfte eingesetzt werden müßten, um möglichst bald zu einem wirtschaftlichen und finanziellen Ausgleich und zu einer sozialen Entspannung zu kommen.

Der Parteivorstand beauftragte den zur Führung der Verhandlung mit der bayerischen Volkspartei beauftragten Ausschuß zur Fortsetzung der Besprechungen mit dem Ziel eines engeren Zusammenschlusses beider Parteien.

Nach einer Aussprache über die verschiedensten politischen Fragen wurde nach Ausführungen des Abgeordneten Miska über die Verfolgungen von Deutschen in Polnisch-Oberschlesien folgende Entschließung angenommen: Der Reichsparteivorstand erhebt vor der ganzen Welt feierlichen Protest gegen diese der deutschen Minderheit angetane Unbill, versichert die betroffenen deutschen Volksgenossen seiner aufrichtigen und hilfsbereiten Teilnahme und erwartet von der Reichsregierung alsbald Maßnahmen zur Erreichung einer entsprechenden Wiedergutmachung für die Geschädigten und zum Schutze der Deutschen in Polen für die Zukunft.

Angst in Paris.

Pressestimmen zum Besuch des Grafen Bethlen.

Französische Blätter haben sich mit dem Besuche des ungarischen Ministerpräsidenten, Grafen Bethlen, in Berlin kritisch beschäftigt. Sie zeigen sich über den Besuch beunruhigt, obwohl man ihn in offiziellen französischen Kreisen so beurteilt, wie er aufzufassen ist. Abgesehen von rechtsstehenden Blättern veröffentlichten auch radikale Blätter alarmierende Kommentare. So fragt „Sonne libre“: Wird Graf Bethlen mit einem Allianzvertrag aus Berlin zurückkehren? Das ist sehr wahrscheinlich! Dieser Vertrag wird zweifellos einen anderen, weniger aggressiven Namen tragen. Hat Dr. Curtius uns nicht erklärt, daß Deutschland auf die Allzungen, wie man sie in der Vorkriegszeit verstand, verzichte? Aber spielen wir doch nicht mit Worten. Bethlen wird der Reichsregierung die Versicherung geben, daß Ungarn in Genf stets an ihrer Seite stehen wird, und wird von ihr als Gegenleistung ebenfalls Unterstützung verlangen.

Etwas ruhiger urteilt der „Quotidien“, der schreibt: Der Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten sei politischer, als man erkläre. Es handle sich sicher darum, eine gemeinsame Aktion zugunsten des Minderheitenschutzes, der Revision der Verträge und der Abrüstung vorzubereiten. Die Berliner Regierung würde Unrecht haben, anzunehmen, daß die Stärke ihrer Forderungen durch die Unterstützung des Faschismus gehoben werden könnte.

Die Unruhen in der Berliner Universität.

Die Studenten wollen selbst Ordnung schaffen.

Wie die „Montags-Post“ mitteilt, wird in einer Besprechung, die der Rektor der Berliner Universität, Professor Dr. Dehmann mit den Führern der einzelnen Studentengruppen haben wird, voraussichtlich ein studentischer Ordnungsdienst beschlossen werden, der nach den Zusammenstößen in der Berliner Universität der Rektor selbst angeregt hatte. Von besonderer akademischer Seite erfährt die „Montags-Post“ dazu noch folgendes:

Der Gedanke eines studentischen Ordnungsdienstes ist allgemein von der Studentenschaft mit großer Sympathie aufgenommen worden. Der Ordnungsdienst wird etwa 70 bis 80 Studenten umfassen müssen. Es sind bereits Richtlinien ausgearbeitet worden, in denen u. a. gesagt wird, daß der Ordnungsdienst berechtigt ist, sich die Studentenkarten vorweisen zu lassen, um zu prüfen, ob es sich in jedem einzelnen Fall um einen Angehörigen der Berliner Universität handelt.

Politische Tageschau

← Strelitz will zu Preußen. Die Regierung von Mecklenburg-Strelitz hat dem Mecklenburgischen Landtag eine Vorlage über den Anschluß des Landes an Preußen zugehen lassen. Der Entwurf sieht als Termin der Vereinigung den 1. April 1931 vor. Die Gebiete Stargard und Rügen sollen den benachbarten preussischen Provinzen angegliedert werden. Bei der Übernahme des Staatsvermögens soll Preußen die Hälfte der Erbpachten und Grundzinsen erlassen und die andere Hälfte gegen eine billige Ablösungssumme in etwa zehn Jahren freigeben. Der zu bildende Gemeindebezirksverband soll für zehn Jahre von der Grundvermögenssteuer befreit werden. Im übrigen hätte Preußen neben den bisherigen staatlichen Verpflichtungen noch eine Reihe kleinerer Verbindlichkeiten zu übernehmen.

← Wie die Engländer abrüsten. Das englische Luftfahrtministerium hat zum Zwecke der Modernisierung der englischen Luftstreitkräfte einer englischen Firma einen Auftrag zum Bau von nicht weniger als 200 Kampfflugzeugen erteilt. Die Flugzeuge, die die unglaubliche Geschwindigkeit von 300 Stundenkilometer haben werden, sollen innerhalb eines Jahres fertiggestellt werden. Nach Ablieferung wird England die schnellsten Armeeflugzeuge der Welt besitzen und seine Luftflotte in bezug auf Kampffähigkeit die der übrigen Länder weit überlegen.

← Londoner Blätter gegen die Regierung MacDonald. Die Blätter „Sunday Times“ und „Observer“ behaupten in Beiträgen, daß die Lage der Arbeiterregierung gefährdet sei. „Sunday Times“ schreibt: Es besteht nicht der leiseste Zweifel, daß die Regierung das Vertrauen des Landes verloren hat, und zwar nicht nur des Landes, sondern auch das Vertrauen des Unterhauses und zahlreicher ihrer Anhänger. „Observer“ erwartet Neuwahlen im März oder April, fragt aber, was dann werden solle. Das Blatt ist der Ansicht, daß die Schwierigkeiten und Gefahren, denen sich eine konservative Regierung als Nachfolgerin der Arbeiterregierung gegenübergestellt sehen würde, viel größer seien, als Baldwin und seine Ratgeber zu glauben schenken, und tritt für eine Regierung ein, die die führenden Staatsmänner aller drei Parteien umfassen müßte.

Besprechung zwischen dem Reichskanzler, Dr. Curtius und Graf Bethlen.

Berlin, 25. Nov. Der Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten hat Gelegenheit zu eingehendem Gedankenaustausch des Reichskanzlers und des Reichsministers des Auswärtigen mit Graf Bethlen und den Herren seiner Begleitung geboten. Hierbei wurde die gesamte politische Lage unter besonderer Berücksichtigung der Deutschland und Ungarn gemeinsam betreffenden Fragen und Interessen erörtert. In den Besprechungen wurde die volle Übereinstimmung in der Beurteilung aller dieser Fragen und mit besonderer Befriedigung das Fortbestehen der auf gemeinsamem Schicksal, auf gleichgerichteten politischen Zielen und auf enger kultureller Verbundenheit fest begründeten freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern festgestellt.

Abreise des Ministerpräsidenten Graf Bethlen von Berlin.

Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen hat Berlin verlassen, um nach Budapest zurückzukehren. Der Reichspräsident überreichte dem Grafen Bethlen zur Erinnerung sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift.

Besprechungen über Preisentwurf und Finanzprogramm.

Berlin, 24. Nov. Der Reichskanzler leitete die Besprechungen fort, die er am Samstag mit dem Empfang der Vertreter des Zentrums und der Deutschen Volkspartei begonnen hat. Es handelt sich auch bei dieser Besprechung um die Vorbereitung der parlamentarischen Erledigung des Finanzprogramms. Da der Reichstag bereits am Mittwoch nächster Woche zusammentritt, will der Kanzler bis Ende dieser Woche Klarheit über die Möglichkeiten einer parlamentarischen Durchbringung des Finanzprogramms gewinnen.

Der Streik Dreiwitz-Colosser.

Berlin, 25. Nov. Im Reichstage trat am Montag vormittag der Reichsparteiausschuß der Wirtschaftspartei zusammen, um zu dem Konflikt Stellung zu nehmen, der in der Führung der Wirtschaftspartei, vor allem zwischen den Parteiführern Dreiwitz einerseits und den Mitbegründern der Partei, Abgeordneten Colosser und Dammberg, sowie leitenden Parteiangestellten andererseits ausgebrochen ist. Wie das Wdz-Büro erfährt, kündigt die Opposition gegen Dreiwitz an, daß sie es vom Ausgang der Beratungen des Parteiausschusses abhängig machen werde, ob sie ihr Material gegen Dreiwitz der Öffentlichkeit übergeben werde. Es verlautet, der Abgeordnete Colosser habe unter der Überschrift „Der Fall Dreiwitz“ eine umfangreiche Zusammenstellung seiner Vorhaltungen gegen den Parteiführer bereits ausgearbeitet.

Gemeinderatswahlen im oldenburgischen Landesteil Lüneburg.

Eutin, 25. Nov. In den 19 Gemeinden des oldenburgischen Landesteils Lüneburg wurden am Sonntag die Gemeinderatswahlen vorgenommen. Gegen das letzte Wahlergebnis vom Jahre 1927 haben sowohl die bürgerlichen Parteien als auch die Sozialdemokraten Verluste zu verzeichnen. Die bürgerlichen Mandate sanken von 106 auf 87, die der Sozialdemokraten von 85 auf 77. Die Kommunisten, die 1927 drei Mandate erhielten, haben drei gewonnen. Die Nationalsozialisten, die erstmalig bei den Gemeinderatswahlen auftraten, erreichten 25 Mandate. In Eutin wurden gewählt: 5 Sozialdemokraten (bisher 6), 7 Nationalsozialisten (0), 3 Bürgerliche (9).

Vom thüringischen Innenministerium genehmigt.

Meißenburg, 25. Nov. Das thüringische Ministerium des Innern hat auf Grund des § 29 Absatz 2 der Landesverwaltungsordnung dem Oberbürgermeister Schumacher bis auf weiteres die Polizeigewalt insoweit entzogen, als sie die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung an öffentlichen Orten aller Art, dabei insbesondere in Versammlungsräumen, sowie die Kriminal- und politische Polizei umfaßt. Auch dem Polizeibetreiber Schüller ist die Wahrnehmung der Polizeigewalt in dem gleichen Umfang entzogen worden. Die verantwortliche Leitung der genannten Polizeizweige wurde dem Polizeihauptmann Heuer in Sonderauftrag übertragen, dem die örtlichen Polizeiorgane insoweit unmittelbar unterstellt werden. Diese Maßnahme des Ministers ist allem Anschein nach darauf zurückzuführen, daß die örtlichen Polizeiorgane das Redeverbot für den Pazifisten v. Gerlach nicht zur Durchführung gebracht haben. Oberbürgermeister Schumacher und Polizeibetreiber Schüller sind beide Sozialdemokraten, dieser ist ferner im Reichsbanner tätig.

Gliedwünsche für Dr. Adolf Damaschke.

Berlin, 25. Nov. Der Reichspräsident hat Dr. h. c. e. Damaschke zu seinem 65. Geburtstag in einem herzlichsten Schreiben seine Gliedwünsche ausgesprochen. Auch der Reichskanzler hat Dr. h. c. e. Adolf Damaschke zur Vollendung des 65. Lebensjahres zugleich im Namen der Reichsregierung telegraphisch die herzlichsten Glückwünsche ausgesprochen.

Eine Erklärung der sowjetrussischen Botschaft in Berlin.

Berlin, 25. Nov. Die Presseabteilung der Botschaft der U. S. S. R. in Berlin teilt mit: Trotz verschiedener Denunziationen der Telegraphenagentur der U. S. S. R. fahren einzelne Blätter fort, Meldungen über eine angebliche Unterbrechung der Zugverbindung und des Telegraphenverkehrs mit der Sowjetunion in der letzten Zeit nicht die mindeste Störung zu verzeichnen. Die zeitweilige Störung der Telefonverbindung zwischen Berlin und Moskau, die infolge von atmosphärischen Störungen eingetreten war, ist seit heute bereits behoben. Die Telephonlinie Berlin-Moskau, die erst seit einigen Monaten in Betrieb befindet, ist technisch nur sehr mangelhaft ausgebaut und hat seit ihrer Inbetriebnahme bei schlechtem Wetter fast jede Woche Störungen und Unterbrechungen zu verzeichnen. Die an die letzte Telephonstörung geknüpften Kombinationen und Gerüchte sind böswillige Erfindungen.

Unterzeichnung der Konvention über die Finanzhilfe für angegriffene oder bedrohte Staaten.

Genf, 25. Nov. Der deutsche Generalkonsul Dr. Völkert hat heute im Auftrage der Reichsregierung die Konvention über die Finanzhilfe für angegriffene oder vom Kriege bedrohte Staaten unter dem Vorbehalt der Ratifizierung unterzeichnet. Die Konvention, die auf eine Anregung der finnischen Regierung vom Jahre 1926 zurückgeht, ist von der letzten Völkerversammlung beschlossen und noch während der Tagung am 2. Oktober von 28 Staaten unterzeichnet worden.

Zivilflugschiff vor dem Vorbereitenden Abrüstungsausschuß.

Genf, 25. Nov. Im Vorbereitenden Abrüstungsausschuß wurde die Frage der Zivilflugschiffahrt im Rahmen der Abrüstungskonvention behandelt. Deutschland, das keine Militärflugzeuge herstellt oder einführt, hat stets den Standpunkt vertreten, daß eine Berücksichtigung der Zivilflugschiffahrt bei der Abrüstung völlig unberechtigt ist. In der Debatte machte Massigli-Frankreich erneut — unter Hinweis auf Deutschland — den Versuch, der Zivilflugschiffahrt militärischen Wert beizulegen. Graf Bernstorff erwiderte dem französischen Delegierten in einer kurzen Erklärung, in der er u. a. sagte: Wenn von Herrn Massigli der militärische Wert eines deutschen Zivilflugzeuges hervorgehoben worden ist, so möchte ich ihm dazu die Äußerung eines Sachverständigen meines Landes, des Präsidenten der französischen Luftfahrtkommission Oberst Brocard, im „Journal Officiel“ im Parlament anführen, in der dieser sagt, daß Handelsflugzeuge nicht für Kriegszwecke verwendbar seien.

Abreise Litwinows aus Genf.

Genf, 25. Nov. Der Außenkommissar der Sowjetunion Litwinow, der an den Verhandlungen des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses von Anfang an teilgenommen hat, ist von Genf abgereist, um über Mailand und Berlin nach Moskau zurückzukehren. Von der russischen Delegation wird erklärt, daß die Abreise mit den Gerüchten über angebliche Unruhen in Rußland nichts zu tun hätte.

Aus der Heimat

Dienstag den 25. November 1930

Wie steht es um das Herbergsneß in Südwestfalen?

Mit Recht darf man sagen, daß im Vergleich zu anderen Gegenden des Reichs das Sauerland in Bezug auf den Ausbau des Jugendherbergsneßes mit an der Spitze steht. Das werden uns alle die Wanderer bestätigen können, die ihre Ferienreise zu einer Wanderung durch die Jugendherbergen anderer Gebiete machten. Dafür ist ja aber auch das Sauerland die Wiege des Jugendherbergsneßes. Innerhalb des Saues Sauerland im Jugendherbergsverband stehen einige Veränderungen bevor. Der Gau Münsterland will sich demnächst mit dem Gau Sauerland vereinigen. Bis auf ein kleines Stück, das zum Gau Oberweiser gehört, handelt es sich dann um ganz Westfalen. Das Maß der zu leistenden Arbeit, sowohl in Bezug auf die Verbreitung des Jugendherbergsneßes als auch auf den Ausbau des Herbergsneßes, wird somit größer. Da wird man wohl mit Recht dem Wunsch Ausdruck geben dürfen, daß man dabei das Siegerland und die angrenzenden Gebiete, die den südlichsten Teil des Saues darstellen, nicht vernachlässigen möge. Wir haben hier wohl einige schöne Jugendherbergen, so vor allem die Freusburg, die ja überdies eine Bedeutung hat, dann die Eigenheim in Sohlsbach, in Litzfeld und in Ferndorf. Auch die städtische Jugendherberge in Siegen darf sich sehen lassen. Was dann aber kommt, schon weniger. Wir wollen wirklich nicht Leppigkeit und Lurus das Wort reden, aber die Jugendherbergsverhältnisse in Hilchenbach und auf dem Lahnhof drängen ebenso sehr auf schnellste Verbesserung als auf dem Döböl bei Laasphe. In Hilchenbach soll seit Jahren ein Neubau errichtet werden, für den die Stadt schon Geld gab, die Grundstücke bereit liegen und von der Ortsgruppe gesammelt wurde. Man darf wohl auch an dieser Stelle die dringende Bitte aussprechen, 1931 die jetzigen Zustände zu beenden. Auch auf dem Lahnhof sind Verbesserungen nicht zu umgehen. Sonst gehen die Wanderer an ihm vorüber. Döböl ist schon immer ein beliebter Anziehungspunkt für die wandernde Jugend. Auch dort muß ein Neubau entstehen, zum mindesten aber ein Ausbau erfolgen. Dringend nötig ist weiterhin eine geeignete Jugendherberge im südlichen Teil des Kreises Siegen als Übergang zu dem vielbewanderten Westerwald. Auch das Freudenberger und Wülfenberger Land wird stark bewandert. Man möge also auch dort etwas für die wandernde Jugend schaffen.

Im Siegerland und Kreise Wittgenstein wird aber der Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse immer ärger. Noch hat die Jugend einen trefflichen Ausweg gegen die Nöte des Alltags, das Wandern. Man trifft sie nicht nur im Sommer bei schönem Wandervetter draußen, sondern auch im Herbst, im Winter und im Frühjahr. Ein richtiges Wandern ist aber nur dann möglich, wenn Stützpunkte dafür geschaffen werden, wenn einladende Jugendherbergen da sind. Deshalb mögen die verantwortlichen Stellen dafür sorgen, daß die berechtigten Wünsche der Siegerländer und Wittgensteiner Jugendherbergsfreunde und der wandernden Jugend Beachtung finden.

* Förderung des Landarbeiter-Wohnungsbaues. Die Westfälische Heimfahrt wird am Freitag den 28. November 1930, von 15—19 Uhr im Kreishause in Verlebung einen Sprechtag abhalten. Interessenten ist damit die Gelegenheit geboten, sich in Fragen des Landarbeiter-Wohnungsbaues eingehend beraten zu lassen.

* Unterschrift recht deutlich! Es kommt wohl öfters vor, daß amtliche und nichtamtliche Schriftstücke mit unleserlicher Unterschrift abgeschickt werden. Jedermann, der eine solche Aufschrift bekommt, hat aber das Recht, den darunter befindlichen Namen mühelos außer Zweifel zu stellen. Der Empfänger von Schriftstücken muß also wissen können, wie der Name der Person, welche durch ihre Unterschrift die Gewähr für das Geschiedene übernimmt, lautet. Eine deutliche Namensunterschrift ist also nicht allein aus Rücksicht auf den Empfänger, sondern schon aus denen der Höflichkeit notwendig. Auch der Fürst Bismarck, der seinen Namen nicht gut lesbar schrieb, hatte die dienliche Forderung gestellt, daß jeder Beamte seinen Namen so schreiben mußte, daß er nicht allein entziffert, sondern auf den ersten Blick geläufig gelesen werden konnte. Auch unser Reichspräsident v. Hindenburg schreibt seinen Namen sehr deutlich. Die vorerwähnten Behörden sollten also ihren Untergebenen das gleiche Schreiben ihres Namens zur amtlichen Pflicht machen. Eine Strafkammer hatte vor längerem Jahren in einem Fall, wo Berufung gegen ein Urteil des Schöffengerichts eingelegt wurde, dieses Urteil aufgehoben und das Verfahren gegen den Bestraften eingestellt mit der Begründung, daß die betreffende polizeiliche Strafverfügung rechtsunfähig sei, weil sie keine leserliche Unterschrift trage. — Also, bitte, gut lesbare Namensunterschrift!

Unterschrift

Niederschlagsmenge	($\times$ " " " " ")	7,0 mm
--------------------	------------------------	--------

